Entwurf

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Chantal Reiher (Grüne Ratingen)

Titel: **Grüne Jugend Ratingen**

Antragstext

Ich möchte gerne die gegründete Grüne Jugend Ratingen offizill bestätigen lassen, da sie bereits seit Dezember letztem Jahr in Ratingen gegründet wurden ist mit einer Sitzung wo unteranderm eine Sprecherin, ein Schatzmeister und ein Geschäftsführer gewählt wurden sind sowie eine Satzung beschlossen wurden ist

Begründung

Jeder Ortsteil in Ratingen hat den Anspruch auf eine Grüne Jugend Ratingen zu haben, da in Ratingen das interesse an Politik sehr hoch ist, allersings wenige Jugendpolitische Organisationen es gibt möchte ich diesen Antrag gerne durch bringen

AK1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK Für Inklusion und gegen Ableismus (dort beschlossen am: 11.04.2023)

Titel: **AK Für Inklusion und gegen Ableismus**

Antragstext

```
Wir beantragen die Anerkennung des AK Für Inklusion und gegen Ableismus.

(AK = Arbeitskreis)
```

Begründung

Der Arbeitskreis für Inklusion und gegen Ableismus steht allen Menschen offen und beschäftigt sich mit Inklusion und Barrierefreiheit innerhalb des Verbandes und auch gesamt-gesellschaftlich. Damit wir auch weiter intersektional zu den Themen des Arbeitskreises und auf eine barrierefreiere, inklusivere Grüne Jugend NRW hin arbeiten können, beantragen wir die Anerkennung des Arbeitskreises.

Erklärung:

intersektional = Nach Dr. Kimberlé Crenshaw: Menschen mitdenken, die von mehr als einer Form von Diskriminierung betroffen sind. Mehrfach-Diskriminierung bedeutet, dass Personen sowohl von den einzelnen Formen von Diskriminierung als auch von der Verschränkung (Intersektion) der Formen betroffen sind.

Ableismus = Diskriminierung aufgrund einer Behinderung, chronischen/ psychischen Erkrankungen und oder Neurodivergenz

AK2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK Öko (dort beschlossen am: 19.04.2023)

Titel: **AK Öko**

Antragstext

Wir beantragen die Anerkennung des AK Öko.

(AK = Arbeitskreis)

Begründung

Der AK Öko der GJ NRW arbeitet zu den Themen Ökologie, Nachhaltigkeit und Klimakatastrophe und lässt auch Intersektionen nicht außer acht. In der Vergangenheit hieß das Workshops zum Beispiel zum Thema Klimakatastrophe und Feminismus oder den gesundheitlichen Folgen bei einem weiter so wie bisher zu machen. Damit wir das auch weiter können, beantragen wir die Anerkennung des Arbeitskreises.

AK3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK Shalom (dort beschlossen am: 20.04.2023)

Titel: **AK Shalom**

Antragstext

```
Hiermit beantragen wir die Anerkennung des AK Shalom
```

Begründung

Wir möchten weiterhin gerne die jüdische Kultur und das jüdische Leben den Menschen aus der Grünen Jugend NRW näher bringen. Zudem wollen wir die Mitglieder für den Einsatz gegen Antisemitismus sensibilisieren und Veranstaltungen wie Filmabende, oder auch mit Referent*innen organisieren.

AK4

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK Bildung (dort beschlossen am: 28.04.2023)

Titel: **AK Bildung und Kultur**

Antragstext

Hiermit beantragen wir die Anerkennung für den AK (Arbeitskreis) Bildung und Kultur.

Begründung

Als AK Bildung und Kultur beschäftigen wir uns mit den namensgebenden Themen des AK's. Ob Anträge (Kitas in der Krise, letzte LMV), Besuche im Landtag (in Planung) oder die Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Bildungssystem- wir möchten weiterhin ein NRW-weites Forum für Aktionen und Austausch bleiben. Damit wir mehr Aktionen planen und unser Profil in den Bereichen Bildung und Kultur schärfen können, würden wir uns über eine erneute Anerkennung freuen.

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen:

Titel: **Ausbildung? Garantiert!**

Antragstext

Du suchst einen Ausbildungsplatz? Dann stehen die Chancen gut, dass du keinen Platz findest, der gut bezahlt und gut erreichbar ist oder gut zu dir passt. Wenn unsere Generation von etwas geprägt ist, dann ist es von Unsicherheit. Akut trifft die Inflation junge Menschen besonders hart und dabei kommen wir doch gerade erst aus der Coronakrise, die mit voller Wucht unser Leben auf den Kopf gestellt hat. Viele junge Menschen wurden während der Pandemie in Übergangssystemen geparkt, anstatt eine richtige Ausbildungsstelle zu finden. Zusammengefasst bedeutet das: Keine Ausbildung und damit zu oft auch keine Perspektive! Zukunft in der Krise also? Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz in Deutschland ist Krise auf jeden Fall Tagesgeschäft. Viele Jugendliche verzweifeln am System. Dabei muss doch klar sein: Alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz wollen, müssen einen bekommen! Paradox ist, dass Unternehmen gleichzeitig den Fachkräftemangel beklagen. Dabei liegt der Fehler im System: Nur circa 20 Prozent der Betriebe bilden überhaupt noch aus. Wir brauchen also ein System in dem sich kein Arbeitgeber aus der Verantwortung schleichen kann. Denn junge Menschen haben eine Perspektive verdient. Gut ausgebildete, gut bezahlte Menschen, die im Betrieb mitbestimmen, sind dafür Grundvoraussetzung. Ein wichtiger Startschuss ist hierfür der Rechtsanspruch auf eine Ausbildung auf Bundesebene, aber diese Ausbildungsgarantie hat vieles eben nicht. Nach einer Stärkung der betrieblichen Ausbildung sucht man ebenso wie nach einer Umlagefinanzierung oder einem Ausbau der Ausbildungsplätze. Der Rechtsanspruch greift auch nur in Gebieten mit Unterversorgung, von einer echten Garantie sind wir also noch weit entfernt.

Jetzt ist NRW am Zug!

Deswegen schauen wir jetzt auf die Landesebene. Denn auch hier in NRW liegt der Fehler im System. Überall spüren auch die Betriebe den Fachkräftemangel, während all die jungen Menschen, die auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz sind, zu häufig gar nicht erst die Möglichkeit bekommen, sich zu der Fachkraft ausbilden zu lassen, die sie eigentlich werden wollen. Dabei ist doch gerade NRW von einem hohen Bedarf an Beschäftigten geprägt, insbesondere mit Blick auf die dringend notwendige Transformation zur klimaneutralen Industrie. Entsprechend muss die Ausbildung junger Menschen in NRW endlich den politischen Stellenwert bekommen, den sie verdient und benötigt. Nach Ausbildungsstart 2021 waren im Land etwa 19.000 junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle, während mindestens 11.000 Betriebe ihre Stellen noch nicht besetzt hatten. Beinahe 20% der Menschen zwischen 25 und 35 Jahren haben in NRW keinen qualifizierten Berufsabschluss, auch weil ihnen zu oft der Zugang zur Ausbildung nicht möglich ist. Für uns ist klar: So kann es nicht weitergehen! Es wird Zeit, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung junger Menschen gegenüber nachkommt, daher fordern wir:

- Eine echte – umlagefinanzierte – Ausbildungsgarantie für NRW: das in der Landesverfassung verankerte Recht auf „die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung“ für junge Menschen muss endlich politische Praxis werden!

- Die Einrichtung eines Zukunftsfonds Ausbildung zur konsequenten Umsetzung der Umlagefinanzierung: Alle Unternehmen in NRW müssen in die Pflicht genommen werden, ihren Anteil zur Ausbildung für alle beizutragen.

- Die Überwindung regionaler Unterschiede: Insbesondere im Ruhrgebiet oder im Bergischen Land fällt das Stellenangebot spürbar schlechter aus, als in anderen Regionen NRWs.

- Einen flächendeckenden Rechtsanspruch auf betriebliche Ausbildung: Der Fokus der Ampel-Koalition auf eine außerbetriebliche Ausbildung ist unzureichend. Die Landesregierung muss die betriebliche Ausbildung in den Blick nehmen und stärken!

- Wir fordern die Landesregierung darüber hinaus auf, mit Umsetzung einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie für die Schaffung neuer betrieblicher Ausbildungsplätze zu sorgen.

Aber die Ausbildungsgarantie allein reicht nicht aus. Um jungen Menschen Ausbildung flächendeckend im Land zu ermöglichen und Bewerber*innen tatsächlich den Antritt ihrer Wunschstelle zu ermöglichen, muss die Landesregierung in gleicher Dringlichkeit die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dazu gehört es, Barrieren abzubauen und einen gleichberechtigten Zugang für alle Personen zu schaffen. Wir fordern daher:

- Ausbildung gerecht bezahlen: Azubi-Gehälter müssen zum Leben reichen!

- Perspektiven schaffen: Wer eine Ausbildung erfolgreich beendet, darf anschließend nicht in eine unsichere Zukunft blicken müssen! Die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis muss garantiert werden.

- Mobilität muss bezahlbar sein: Ein Azubi-Ticket im Rahmen des Deutschlandtickets ist längst überfällig und muss Auszubildende und Studierende endlich gleichstellen.

- Die Wohnsituation darf der Wunschstelle nicht im Wege stehen: bezahlbare Mieten in Lernendenwohnheimen sind die Alternative zu immer weiter steigenden Preisen auf dem freien Wohnungsmarkt.

Ausbildungsgarantie jetzt!

Wenn der Bund nicht handelt, ist jetzt das Land in der Pflicht! Wollen wir allen jungen Menschen eine gute Ausbildung ermöglichen und gleichzeitig die Transformation der Wirtschaft angehen, braucht es die Ausbildungsgarantie. NRW könnte damit das erste Flächenland mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie werden. Mit unserer Forderung sind wir als GRÜNE JUGEND nicht alleine, Gewerkschaften fordern diese schon seit Jahren, auf Landesebene ist bisher nichts passiert. Wir nehmen die schwarz-grüne Landesregierung in die Pflicht, sie endlich umzusetzen! Wir lassen uns unsere Zukunft nicht nehmen, sondern erkämpfen sie: Ausbildung? Garantiert!

Begründung

Erfolgt mündlich

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen:

Titel: **Für Demokratie und Freiheit in der Türkei - Am 14. Mai: YSP wählen!**

Antragstext

Am 14. Mai finden in der Türkei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt.

Die gesellschaftliche Situation verschärft sich in der Amtszeit von Präsident Recep Tayyip Erdoğan tagtäglich. Seine islamitisch-ultranationalistische Regierung bekämpft die demokratische Opposition im Land und sperrt ihre Gegner*innen ein. Alleine in den letzten Jahren wurden hunderttausende Akademiker*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen, Abgeordnete und Politiker*innen festgenommen. Zurzeit läuft ein politisch motiviertes Parteiverbotsverfahren gegen die kurdische, linke und demokratische Oppositionspartei HDP. Die Mitglieder und Funktionär*innen der HDP haben sich in der Yeşil Sol Parti (YSP, Grün-Linke Partei) organisiert, um als starke links-demokratische und kurdische Stimme ins Parlament zu kommen.

Aller Repression zum Trotz werden sich bei diesen Wahlen wieder viele mutige Demokrat*innen Erdogan und seinem Regime in den Weg stellen! Und das, obwohl der Staat wie in der Vergangenheit Wahlfälschung im großen Stil betreiben wird.

Sie kämpfen gegen ein Regime, das kurdische Dörfer bombardiert, Proteste niederschlägt, Menschen grundlos festnimmt und das den Rechtsstaat außer Kraft gesetzt hat. Sie wenden sich gegen eine korrupte Regierung, die selbst bei Inflationsraten von über 100% in die eigene Tasche wirtschaftet und die kurdisch-alevitische Bevölkerung von der Erdbebenhilfe abschneidet. Sie kämpfen für Rechte von Frauen und queeren Menschen. Wir stehen solidarisch an der Seite der demokratischen Opposition und der Aktivist*innen!

Erdoğans Regime muss endlich fallen, damit alle Menschen in der Türkei und Kurdistan die Chance auf Frieden, Freiheit und Menschenrechte haben.

Als GRÜNE JUGEND in NRW rufen wir daher alle Wahlberechtigten dazu auf, ihre Stimme der YSP zu geben und Erdogan endlich als Präsidenten abzuwählen!

Der Einfluss von Erdoğan und seiner Partei der AKP im türkischen Präsidentschaftswahlkampf und über ihn hinaus reicht bis zu uns nach Nordrhein-Westfalen. Mit knapp 500.000 Menschen mit türkischem Pass ist NRW das Bundesland, in dem die meisten türkeistämmigen Wahlberechtigten leben.

Es ist erklärtes Ziel Erdogans, gerade auch die türkische Diaspora im Ausland zu erreichen und für die Wahl zu mobilisieren. Dabei stellte NRW in der Vergangenheit einen Hotspot für Erdogan und seine Partei dar: 2018 stimmten prozentual in NRW mehr türkeistämmige Menschen für ihn, als in der Türkei selbst.

Diese Wahlergebnisse sind vor allem Folge islamistisch-ultranationalistischer Wahlkampfauftritte von AKP-Politiker*innen in NRW. Zuletzt rief bei einem dieser Auftritte ein türkischer Abgeordneter zur Jagd auf die demokratische Opposition auf.

Klar ist: Gerade in einem Wahlkampf, in dem die türkeistämmigen Menschen in NRW entscheidend für den Verlust oder Sieg Erdogans sind, kann es nicht sein, dass solche Propaganda-Auftritte in Nordrhein-Westfalen stattfinden können.

Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir deshalb ein Verbot von Wahlkampfauftritten von AKP-Politiker*innen und der Stimmungsmache gegen in der Türkei verfolgte Gruppen in Nordrhein-Westfalen!

Begründung

Erfolgt mündlich

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen:

Titel: **Revolution in der Schule- Veränderung im Schulsystem, jetzt!**

Antragstext

Ständiger Leistungsdruck, chronische Müdigkeit, stumpfer Unterricht und vollgestopfte Klassen:
Das alles ist für Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen bitterer Alltag. Für uns ist klar:
Es braucht radikale Veränderungen am Bildungssystem und in den Schulen NRWs.
Eine Ausdünnung des Lehrplans, Weiterbildungen der Lehrkräfte und eine Renovierung sowie Digitalisierung der Schulen wurde in den letzten Jahren stark verschleppt und muss jetzt schnellstmöglich aufgeholt werden. Kritik am Schulsystem und konkrete Forderungen dürfen nicht mehr als utopisch und realitätsfern abgetan werden, sondern müssen nun endlich umgesetzt werden.
Wir haben unsere Kritik unter verschiedenen Aspekten formuliert:

Lehrplan und Leistungsdruck

Wir lernen für die Schule, nicht fürs Leben. Das ist ein schnulziger Kalenderspruch, entspricht aber leider der Wahrheit. Fünfmal die Woche Unterricht bis nachmittags –der Lehrplan ist vollgestopft. Vollgestopft mit teilweise unnötigen, mit rassistischen und/oder anderweitig diskriminierenden Inhalten. Was wir brauchen, ist kein Unterricht über den Aufbau von Schmetterlingsblütlern, sondern Unterricht, der uns etwas fürs Leben bringt; Beispiele dafür wären Themen wie Ernährung oder den Umgang mit digitalen Medien. Wichtig ist auch, dass mehr Fachübergreifend und Projektorientiert gearbeitet wird. Doch der Lehrplan muss nicht nur verändert, sondern Teile müssen auch gestrichen werden. Wichtige Inhalte müssen teils unter Zeitdruck in unsere Köpfe „rein geprügelt“ und nur für die nächste Arbeit erlernt werden. Das sogenannte

„Bulimie-Lernen“ vermittelt Lehrinhalte nur kurzfristig und sorgt für keinen langfristigen Lerneffekt. Zeit für Rückfragen oder das Vertiefen von Schulstoff bleibt meist nicht. Neben der Schule müssen die Schüler*innen auch noch Hausaufgaben erledigen und für anstehende Arbeiten lernen. All dies sorgt für einen ungemeinen Leistungsdruck bei den Schüler*innen.

Wir sollten die Ansicht, dass wir ohne Druck nicht lernen, überdenken und die Schule zu einem angenehmen Lernspace weiterentwickeln.

Noten

Der Kampf um gute Noten ist für Schüler*innen Alltag. Dabei kann eine einzelne Zahl in vielerlei Hinsicht gar nichts über die Kompetenz zu einem Thema aussagen. Die Note 2 auf dem Zeugnis kann dabei für einen Schnitt von 1,6 bis 2,4 stehen. Doch auch in anderen Punkten sind Noten grundlegend falsch. Die Notengebung ist oft intransparent, so ist nicht ersichtlich, ob sie eher kurzfristige Lerneffekte und Erfolge widerspiegelt, oder auch die Fortschritte der Schüler*innen einbezieht. Außerdem haben Lehrerkräfte einen riesigen Spielraum auf die Benotung der Schüler*innen. Dabei haben Faktoren wie die Stimmung der Lehrkraft, Namen der Schüler*innen, aber auch Faktoren wie Geschlecht, soziale Herkunft und eventuell vorhandene Migrationsgeschichte einen großen Einfluss auf die Benotung. Eine Alternative zu dem klassischen Notensystem sind dabei Dialogformen, wie Gespräche zwischen Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen. Diese haben zudem den Vorteil, dass langzeitige Entwicklungen des Lernerfolgs detaillierter beschrieben und kommuniziert werden können. Je nach Anlass könnten auch andere Formen der Notenrückgabe genutzt werden, Beispiele dafür wären Zeugnistexte oder sogenannte Rasterzeugnisse, in denen die schulische Leistung in verschiedenen Bereichen und Kompetenzen geschildert wird.

Eine objektive Alternative zu den klassischen Schulnoten, die den Leistungsdruck minimiert und langfristige Lernerfolge widerspiegelt, ist daher erstrebenswert.

Schulbeginn

Cola, Kaffee, Red Bull – auf den Schulbänken sind viele koffeinhaltige Getränke zu sehen. Ein Mittel, um sich trotz des frühen Schulbeginns wachzuhalten. Laut Schulministerium beginnt der Unterricht in NRW zwischen 7:30 und 8:30 Uhr. Und das, obwohl wissenschaftlich bewiesen ist, dass Jugendliche einen anderen Bio-Rhythmus als Erwachsene haben. Sie werden abends später müde und morgens später wach. Die meisten Schüler*innen sind daher chronisch übermüdet. Studien belegen, dass ein Schulbeginn von 9 Uhr viele positive Effekte hat: Im Schnitt bessere Noten, ein geringeres Risiko für Depressionen und ein geringerer Konsum von

koffeinhaltigen Getränken. Gut für Konzentration und Gesundheit.

Ein späterer Schulbeginn würde sich also positiv auf Noten und Alltag auswirken.

Digitalisierung

Keine Technik weit und breit. Dies ist in Schulen NRWs keine Seltenheit. Die Coronapandemie hat erneut gezeigt, wie schleppend die Digitalisierung an den Schulen läuft. Egal, ob Verteilung der Aufgaben über Zoom oder Teams – Komplikationen gab es immer. Das hatte verschiedene Gründe: Die Lehrkräfte wurden einfach nicht mit moderner Technik ausgestattet, die Zoom Server veraltet und Schüler*innen mussten sich mit ihrer Technik, teilweise einfach nicht vorhanden, zufriedengeben. Doch mit Ende des Lockdowns hat dieses Problem nicht aufgehört. In den Klassenzimmern findet man meist immer noch Overheadprojektor und Tafel anstelle eines Smartboards. Und wenn es mal ein digital ausgestattetes Zimmer gibt, wissen die Lehrkräfte kaum, wie mit der Technik umzugehen ist oder sie haben ihren Unterricht nicht digitalisiert. Und auch die Schüler*innen schreiben noch mit Papier und Stift. Wenn es einen W-Lan Zugang geben, und mehr mit IPads oder Tablets gearbeitet werden würde, ließe sich beispielsweise einiges an Papier für die jeweiligen Arbeitsblätter sparen.

Zusätzlich gibt dies die Möglichkeit, den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten, durch das nun ermöglichte einbauen von einem Kahoot Quiz oder ähnlichem. Der Unterricht würde mehr Spaß machen und man würde mehr lernen, weil so das Interesse für die jeweiligen Themen aufrechterhalten werden kann.

Renovierung

Die Situation in manchen Schulen ist prekär. Marodes Gebäude, alte Turnhalle und verunstaltete Wände. In manchen Schulen sind die Fenster im Winter undicht, es regnet herein, die Toiletten sind in einem unzumutbaren Zustand. Aber auch wenn all dies nicht der Fall ist: Wir verbringen einen großen Teil unseres Lebens in diesen Gebäuden. Daher sollten die Schulen ein moderner und angenehmer Ort zum Lernen sein. Diese Aufgabe kann aber nicht nur durch die Kommunen allein gestemmt werden, da finanzielle Mittel fehlen.

Wir fordern daher ein Sonderpaket vom Staat NRW, mit dem die Schulen weitgehend digitalisiert und nachhaltig renoviert werden können und eine anteilige Kostenträgerschaft des Landes.

Sport- und Kreativer Unterricht

Für viele Highlight des Stundenplans – für manche Schrecken der Woche. Vielen Schüler*innen wird durch den Sportunterricht der Spaß an Sport genommen. Und das, obwohl Sport und Bewegung existenziell für die Gesundheit sind. Spiele wie Völkerball reproduzieren Mobbing und verstärken Machtverhältnisse zwischen verschiedenen Schüler*innen. Expert*innen empfehlen kleinere Gruppen von bis zu 14 Schüler*innen mit gleichem Niveau. Die Benotung im Sport basiert auf dem Körperaufbau: Typisch „unsportliche“ Schüler*innen werden daher grundsätzlich schlechtere Noten bekommen. Es wird nur danach geschaut, wie schnell gerannt oder wie weit gesprungen wird, aber nicht, wie sehr man sich anstrengt. Eine große Schülerin springt daher mit weniger Anstrengung grundsätzlich weiter als eine kleine Schülerin mit mehr Anstrengung. Bei diesen Bewertungsformen wird in keinerlei Hinsicht Rücksicht auf die individuellen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen genommen und das veraltete Wettkampfdenken wird gefördert. Außerdem diskriminiert die binäre Notenvergabe (verschiedene Werte für Jungen und Mädchen) und das nicht Vorhandensein von geschlechtsneutralen Umkleiden nicht-binäre Schüler*innen.

Ähnlich schwierig ist der kreative Unterricht, also Musik und Kunst. Hier ist es oftmals egal, wie sehr man sich anstrengt, aber grundsätzlich ist es nun mal so, dass Schüler*innen, welche ein Musikinstrument spielen, durchaus höhere Chancen auf eine gute Note haben, als alle anderen. Genauso im Kunstunterricht, hier spielt nur eine Rolle, wer künstlerisch veranlagt ist. Die Anstrengung, die in den jeweiligen Fächern vollbracht wird, wird also kaum gewertet. Dieses Prinzip ist nicht wirklich fair und sollte dringend überarbeitet werden.

Sport ist wichtig und gehört auch in den Stundenplan, doch er sollte Spaß machen. Dafür braucht es eine intakte Sporthalle, funktionierende Geräte und ein großes Sportfeld, das Platz für die verschiedensten Sportarten bietet. Genauso wie im kreativen Unterricht werden Lehrer*innen benötigt, die auf jeden Einzelnen eingehen.

Schulpersonal

Immer wieder stößt man im Internet auf Memes: Lehrkräfte wären unfähig oder könnten nicht mit Kindern umgehen. Auch wenn das sicherlich nicht der Wahrheit entspricht und stark überspitzt dargestellt ist, hat es einen wahren Kern. Denn auch wenn Pädagogik ein Teil des Studiums ist, fehlt den meisten Lehrkräften die Sensibilisierung für den richtigen Umgang mit psychischen Erkrankungen, behinderten Lebenswirklichkeiten, Neurodivergenz, Mobbing, Rassismus, Queerfeindlichkeit etc. Gerade, weil die Schule ein Auffangbecken für Kinder und Jugendliche mit unter anderem einem schwierigen Elternhaus ist, muss die Schule zunächst ein Hilfsangebot bereitstellen. Lehrkräfte müssen über diverse psychische Erkrankungen informiert und über den Umgang geschult sein. Nein,

Lehrkräfte müssen keine Psycholog*innen sein, jedoch als Vertrauenspersonen fungieren und im ersten Schritt für Betroffene Sicherheit geben und Verständnis schaffen. Aufgrund des Lehrermangels findet man in den Schulen häufig auch Quereinsteiger, denen diese pädagogische Ausbildung grundlegend fehlt. Für diese müssen pädagogische Weiterbildungen verpflichtend sein. Auch über den richtigen Umgang mit Mobbing und verschiedenen Arten von Diskriminierung müssen Lehrkräfte geschult und informiert werden. Die vier- bis sechsfach erhöhte Suizidrate bei queeren Jugendlichen zeigt, dass Betroffene und Opfer konsequenter in Schutz genommen werden müssen. Doch auch Lehrkräfte selbst können Grund für Diskriminierung sein. In solchen Fällen muss trotz Lehrermangels konsequenter gehandelt werden. Denn neben Lehrkräften muss auch die Schulleitung geschult und sensibilisiert werden, um Fehlverhalten von Lehrkräften nicht als schlechte Laune abzutun, sondern konsequent zu sanktionieren.

Lehrkräften kommt bei der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen eine immense Verantwortung zu. Gerade deshalb ist ein sensibler und professioneller Umgang mit der Psyche von großer Bedeutung. Dabei können Sozialarbeiter*innen unterstützen. Sie bilden eine alternative, möglichst neutrale Anlaufstelle zu Lehrkräften. Sozialarbeiter*innen sind, anders als Lehrkräfte, aufgrund ihrer sozialpädagogischen Spezialisierung mit Methodenkenntnissen und Herangehensweisen ausgestattet. Bei sozialen und individuellen Problemen haben sie die Zeit und das Wissen, damit adäquat umzugehen und zu helfen. Zudem können sie präventiv mit der Schüler*innenschaft arbeiten, zu mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit beitragen, sowie Lehrkräfte und Familien beraten.

Schulessen

Viele Schüler*innen kommen ohne Essen zur Schule, manche auch ohne Geld, Essen zu kaufen, andere nutzen das Angebot der Schulmensen, Fastfood artiges ungesundes Essen zu kaufen und zu konsumieren. Es kann nicht sein, dass Schüler*innen einen langen Schultag ohne gesundes, nährstoffreiches Essen verbringen müssen.

Wir fordern daher ein kostenloses Mittagessen für alle. Außerdem fordern wir eine Aufwertung der Mensen durch eine gute vegane Essensalternative, mit einem Fokus auf regionalen, saisonalen und Bio Lebensmitteln. Individuell angepasste Lösungen für einzelne Schüler*innen sind begrüßenswert und wichtig.

Als GRÜNE JUGEND Nordrhein-Westfalen fordern wir konkret:

- die Ausdünnung des Lehrplans, um den Leistungsdruck zu minimieren.

- die Ergänzung des Lehrplans um lebensrelevante Themen.

- eine Alternative zu Noten, die Lernerfolge widerspiegelt, um den Leistungsdruck zu minimieren.

- einen späteren Schulbeginn um 9 Uhr, um die Gesundheit der Schüler*innen zu stärken!

- ein Sonderpaket vom Staat Nordrhein-Westfalen, welches zur großräumigen Digitalisierung und nachhaltigen Renovierung eingesetzt werden kann.

- eine anteilige Kostenträgerschaft des Landes, welche den Schulbau mit einem bestimmten Prozentsatz dauerhaft unterstützt.

- eine starke Veränderung des Sport und kreativen Unterrichts, die eine Alternative zur klassischen Notenvergabe nach Leistung vorsieht und Machtgefällen zwischen Schüler*innen entgegen wirkt.

- die Sensibilisierung des Schulpersonals im Umgang mit Themen wie psychischen Erkrankungen, Mobbing und Diskriminierung im Schulalltag. Dafür bedarf es einer Veränderung des Studiums sowie die Verpflichtung, Weiterbildungen zu besuchen.

- Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen, unabhängig der Schulform.

- ein kostenloses Mittagessen in Schulen und eine vegane Essensalternative, die eine Ausweichmöglichkeit zu Fleisch lastigem Essen bietet.

V4

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: René Adiyaman

Titel: **Rückzugsräume**

Antragstext

Damit alle Mitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW an den Mitgliederversammlungen teilnehmen können gehen wir auf die individuellen Bedürfnisse (zum Beispiel einen Raum mit ruhiger Lage) der Teilnehmer*innen ein und erfüllen diese bestmöglich. Diese Bedürfnisse können Teilnehmer*innen formlos über ein Textfeld in der Anmeldung mitteilen. Aber auch nach der Anmeldung gibt es die Option, sich mit allen Anliegen an das Büro zu wenden. Über diese Möglichkeit wird in der Anmeldung ausreichend informiert.

Menschen, die auf Großveranstaltungen einen Rückzugsort brauchen, können in Einzel- oder, falls gewünscht, in Doppelzimmern untergebracht werden und diese während der Veranstaltung als Rückzugsort nutzen. Wer ein barrierefreies Zimmer oder als Tagesgast ein Zimmer als Rückzugsort benötigt, kann dies per Klick bei der Anmeldung angeben und bekommt folglich ein solches zugeteilt. Während der Mitgliederversammlung ist es zudem immer möglich, den Awareness-Raum als Rückzugsort aufzusuchen.

Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen gehen wir individuell auf die Bedürfnisse unserer Teilnehmer*innen ein und ermöglichen Verbandsarbeit für alle.

Begründung

Erfolgt mündlich

V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: René Adiyaman

Titel: **Schriftdolmetschung**

Antragstext

Damit alle Mitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW an der Verbandsarbeit teilnehmen können, stellt der Landesverband bei Landesmitgliederversammlungen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Schriftdolmetschung.

Voraussetzung hierfür ist, dass der Bedarf (wenn möglich im Vorhinein bei der Anmeldung) angemeldet wird und ehrenamtliche Kapazitäten aus der Mitgliedschaft zur Verfügung stehen. Wenn man die Schriftdolmetschung in Anspruch nehmen oder diese anbieten will, kann man dies mit einem Häkchen bei der Anmeldung signalisieren.

Die schriftliche Wiedergabe der Wortbeiträge kann dann in einem für alle zugänglichen Online-Dokument erfolgen.

Begründung

Erfolgt mündlich

V6

Verschiedene Anträge

Initiator*innen:

Titel: **49 Euro sind zu viel - Ticketvergünstigungen jetzt!**

Antragstext

Das 49-Euro Ticket ist da! Was für ein Erfolg, endlich können sich alle Menschen Mobilität leisten, die Tarifzonen fallen weg, also eigentlich durchweg positiv, oder? Ganz so schön wie die Ankündigungen der Verkehrsminister*innen klingen, ist es dann doch nicht. Ins Kino gehen, in den Urlaub fahren oder zum Bewerbungsgespräch kommen, all das sollte selbstverständlich möglich sein, und keine Frage des Geldes. Für viele Menschen sind aber auch die 49 Euro einfach nicht bezahlbar. Mit einem Auszubildendengehalt von wenigen hundert Euro oder mit den Regelsätzen des Bürgergeldes kommt man da nicht weit. Das Studierendenticket, das momentan über das Solidarmodell funktioniert, steht auf der Kippe. Eine Lösung scheint in weiter Ferne. Wir sehen, dass genau die Menschen vergessen werden, die kostenlose oder günstige Mobilität am dringendsten brauchen!

In NRW wurden bisher lediglich Angebote für die Radmitnahme und das Upgrade in die 1. Klasse beschlossen, ein Sozialticket wird “geprüft”. Dabei darf die Landesregierung nicht stehen bleiben, sondern muss viele deutschlandweit gültige Vergünstigungen bereitstellen.

Als GRÜNE JUGEND NRW fordern wir deswegen:

- Ein 19-Euro Sozialticket, womit alle diejenigen, die es am meisten brauchen, gut von A nach B kommen.

- Ein 129-Euro Semesterticket, womit alle Studis ihren Uni-Alltag und ihre Freizeit gestalten können.

- Ein 21,5-Euro Ticket für Auszubildende, damit gerade diejenigen, die kein Job-Ticket bekommen, bezahlbar unterwegs sind und Studierende und Auszubildende endlich gleichgestellt sind.

- Ein kostenloses Ticket für alle Schüler*innen, damit Kinder und Jugendliche Freizeit und Lernen frei gestalten können.

Mobilität gemeinsam erkämpfen!

Bezahlbar von A nach B kommen muss ausnahmslos für alle möglich sein. Wie das aussehen kann, haben wir mit dem 9 Euro Ticket erlebt. Das 49-Euro Ticket ist dafür kein Ersatz! Für uns geht der Kampf um günstige Mobilität weiter, deswegen unterstützen wir Gewerkschaften, Sozialverbänden und das Landes-ASten-Treffen in ihren Forderungen.Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Studierendenvertretungen geht für uns der Kampf um günstige Mobilität weiter. Dabei verlieren wir unser Ziel von kostenlosem ÖPNV nicht aus den Augen. Neben der Frage nach Ticketpreisen brauchen wir auch einen massiven Ausbau der Infrastruktur und eine gute Bezahlung der Beschäftigten. In den kommenden Monaten stehen wir deswegen Seite an Seite mit ihnen bei der #WirFahrenZusammen Kampagne!

Begründung

Erfolgt mündlich